

Arbeiterblatt

Lageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaft, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Beispielpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbjährlich 12 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Versandgebühr) / Verlag: „Arbeiterblätter“, Dresden-21 / Reichspoststelle und Expedition: Eisenbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postleitzettel Dresden Nr. 13333. Am Schlegel-Schiffbrücke: Dresden-21, Eisenbahnhofstr. 2 / Berlin: 2. Amt Dresden Nr. 17209 / Druckerei: „Arbeiterblätter“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Dienstagabends 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Vorzeigepreis: Die neuromal gespaltene Noupareisszeitung oder deren Raum 0.30 RM., für Farbenzeitung 0.30 RM., für die Dietrichseggzeitung anschließend an den dreigespaltenen Zeitteileteil 1.25 RM. Vorzeigegenahme liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Eisenbahnhofstrasse 2 / Die „Arbeiterblätter“ erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertag / In Halle hält der Verkauf bestellt sein Anrecht auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

2. Jahrgang

Donnerstag, den 4. November 1926

Nummer 247

Gemeinmörder Schulz freigesprochen!

Ghamloser Abschluß des Landsberger Scandals

Freispruch für Gemeinmörder — Hochverratsprozeß gegen die Zentrale der KPD

Landsberg, 4. Nov.
Gestern abend gegen 8 Uhr wurde folgendes Urteil ver-

hoben: Angeklagten Rektor, Willi Klapproth und Vogel werden freigesprochen.

Oberleutnant Schulz wird freigesprochen.

Die Angeklagten Schiburt, Gräß und Freide werden wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges: Schiburt zu 1 Jahr, Gräß zu 4 Monaten, Freide zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß wird wegen Anklage zur gefährlichen Körperverletzung in Tatsinhalt mit Mordung zu 8 Monaten Gefängnis, Vogel wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges in Tatsinhalt mit Mordung, Meineids und Beihilfe zum Mord zu 8 Jahren Juchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, Gräß zu 1 Jahr, Vogel wegen Schiburt zum Mord zu 3 Jahren Juchthaus, Erich Klapproth wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Juchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt.

Um der zellulären Unterstützungschaft werden angeklagt: Schiburt 4 Monate, Vogel 8 Monate, Kassoff 12 Monate, Gräß 13 Monate und Erich Klapproth 14 Monate. Von der Anklage der Körperverletzung wird Kassoff freigesprochen. Somit Freispruch geblieben, fallen die Kosten der Staatskasse zur Last, im übrigen den Angeklagten. Die Haftstrafe gegen Freide, Willi Klapproth, Vogel und Gräß werden aufgehoben. Freide, Willi Klapproth und Vogel werden auf freien Fuß gesetzt. Gegen Paul Schulz läuft in einer anderen Sache nach Urechungshaft. Strafaussetzung wird in einem Faile für angemessen angesehen.

Die Angeklagten behalten sich ihre Entscheidung über Wahrnehmung des Urteils oder Entziehung eines Rechtsmittel vor.

Was der „Urteilsbegleitung“:

Das Schwarzericht muss sich zurückziehen in den Mai des Jahres 1923, wo das deutsche Volk unter besonderer militärischer Not und Furchtlosigkeit litt...

Die Misshandlungen an Gräß, die unberechtigte Grausamkeiten mögen durch einen Irrtum entstanden sein, es gab aber keineswegs zu entzündigen.

Er fragt sich (1), ob der Angeklagte Erich Klapproth in diesem Maße schuldig ist? Die Zeugung: „Kann ich Ihnen helfen?“ wird: „Schied doch!“ spricht dafür, aber das Gericht hat anderseits berücksichtigt, daß Büchting als ein gewöhnlicher, außerhalb seines Berufs bekannt war. Es hat daher zugestanden, daß die Bemerkung des Klapproth sonnenwohl gewesen sei. Daß ich seien, ich will ihm helfen“. Somit ist das Urteil notwendig erachtet.

Deshalb hat das Gericht nur Beihilfe angenommen.

Der „vertrauensselige“ Oberleutnant Schulz

Das Gericht hat endlich die Anklage bei Oberleutnant Schulz vereinfacht. Iwir ist das Gericht der Überzeugung, daß es, was der Angeklagte Vogel hier gelautet hat, und was der Oberleutnant Schulz ausgäbe, nicht einfach aus der Lust geschaffen ist sondern daß etwas Webes daran ist, und daß die Angeklagten nicht Oberleutnant Schulz in diesem Glane gefallen sind, obwohl dies nun im einzelnen gelagt worden ist. Dann nicht bestritten werden. Und wenn auch Büchting und Klapproth von Oberleutnant Schulz treu ergeben waren, wenn sie ihm auch anhingen, so kann das Gericht doch nicht feststellen, daß von diesen beiden eingewirkt worden ist. Eine moralische (1) Kraft legt aber dem Gericht dem Angeklagten Schulz auf, weil sie die Meinung hat, daß er den beiden und noch anderen zu viel Vertrauen gehabt habe.“

Ironischer und einwandfreier Zeugenaussagen, die sich in dieser Verhandlung nicht vermeiden ließen, erfolgte der Sparsame. Das Beispiel jenes Gemeinmörderprojekts Paul Kassoff, wo man die Werke zum Tode verurteilte, die Kassoff und Vogel aber gleichfalls freigesprochen wurde, die Kassoff und Vogel gegen dessen Willen im ganzen Umkreis der deutschen Reichsmehrheit nicht das mindeste unterkommen würden, gelte frei und unbedenklich, mit einer launen moralischen Warnung aus dem Prozeß her vor. Seine Käuflichkeit hatten offenbar Vorläufe getroffen und alles rüttungsarmig zu spät gehoben, um seinen Kopf zu schonen.

Was aber hat diese Hintermänner? Wer ist es, dessen Hand ist es der Landsberger Behandlung gelungen? Wer hörte zu, wie der Major Buchbinder nur die Hälfte einer Wurzel in die, nach der überwiegenden Teil der Verhandlungen durch die Vorständen eingehäusster, verschwämme und in diese Wurzel hineingehäusste Behandlung wurde? Wer trug die Hauptwurzel, welche wichtigen Verhandlungen übernommen wurden? Wer hatte ein Interesse daran, dass

Was nun?

Von Arthur Lieberach

Das Ergebnis der örtlichen Wahlen hat beeindruckend in den Reihen der Bürgerlichen und der Sozialdemokratischen Partei gewirkt. Allerdings steht die Bürgerliche und sozialdemokratische Partei vom Sozial dem jüdischen Wähler gegenüber. Wer wird die Regierung bilden, wer wird Ministerpräsident erhalten? Wie lange werden wir leben?

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Sogar wird es also die, die Unterstützung benötigen, die er bisher als Handelskrieg der Reaktion, als Arbeiterverräter und Nationalsozialisten bezeichnet hat. Er will es den Kommunisten als Schall auftrieben, wenn sie diesen Vertrag am Willen der sozialdemokratischen Arbeiter verhindern.

Von der anderen Seite führt der „Volkskris“ vor: Er lädt sich aus Dresden melden: „Eine sozialistische Mehrheit wäre nur vorhanden, wenn die Sozialdemokratische Partei, die alte Sozialdemokratie und die Kommunisten sich zur Bildung einer Regierung zusammenfinden. Es würde aber ausgeschlossen sein, daß die sogenannte alte Sozialdemokratische Partei bereit ist, eine sozialistische Ministerregierung gemeinsam mit den Kommunisten zu führen.“

Nach dieser Meldung hat der Parteivorstand bereits mit der USPD verhandelt, um das, was Sowdenzy im „Sächs. Volksblatt“ propagiert — die Unterstützung der USPD — zu erhalten. Doch der Parteivorstand, der die 23 auf Grund des Widerstandes seiner Mitglieder fallen lassen möchte, steht mit allen Mitteln versucht, die 23 wieder in die Partei zurückzuführen. Er selbstverständlich, die 23 wieder in die Partei zurückzuführen, die 23 wieder in die Partei zurückzuführen, die die preußische Landtagsfraktion beim hohenjägerlichen und die die Berliner Stadtvorordnungskontrolle bei der Verhinderung der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit im Berliner Magistrat betrieb. Er will diese Politik auch in Sachsen gegen den Willen seiner Mitglieder durchsetzen. Dabei findet er die Unterstützung der „linken“ sozialdemokratischen Führer.

Dies treiben eine verkrachte Kommunistenheze. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: „Kein Zweifel, daß die ländlichen Sozialdemokraten noch einmal gegen Sonne und Wind kämpfen. Sie hatten es mit der kommunistischen Demagogie zu tun, deren Entartung ohne die vorerwähnten Faktoren (schlechte Wirtschaftslage und hohenjägerlicher Vergleich) eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Es gab Zeiten, wo die arbeiterfeindliche Politik der Kommunisten in Sachsen, die mit dem Bürgerlichem oft Hand in Hand gingen, klar und deutlich zugute getreten war.“

Ebenso sehr ja auch die „Dresdener Volkszeitung“ den Zuspruch der Kommunisten und den Rückzug der sozialdemokratischen Wähler nur in der verzweifelten Lage infolge der großen Erwerbslosigkeit und in dem kommunistischen „Vorstadtkrisen“. Daselbst tritt dem „Sächs. Volksblatt“ in Erwiderung: „Für der riesengroßen Wirtschafts- und Arbeitslosennot sei der Erfolg des KPD zu danken.“ Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Führer in Sachsen, lautet „link“ Jellingen, ist nur auf parlamentarischen Kämpfen gerichtet. Ihr Ziel ist die Große Koalition. Kommunistenheze soll die „Unten“ dabei dichten!

Das Leipziger Organ, die „Neuesten Nachrichten“, droht bereits mit der Zwangsverwaltung, also Diktatur. Es verlangt die Verbesserung der offenen Diktatur in Sachsen, um die sozialdemokratische Führer fortzuführen, die bisher unter dem Mantel der Demokratie, durch die Konkurrenzregierung für das Großkapital betrieben wurde. Nur will man dem jüdischen Volke das Spielzeug eines „demokratischen“ Landtages und der Sozialdemokratisierung aus den Händen nehmen, weil es ihrer Aufsicht noch damit nicht unangenehm sei. Deshalb orientiert Diktatur. Der demokratische Arbeitnehmerminister Alz ist dasselbe, um was im Oktober 1929 der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert in Form der Reichswehr-Eckleitung getan hat.

Die Arbeiter müssen den parlamentarischen Kämpfen und auch die diktatorischen Absichten der Bourgeoisie zu stande machen. Sie müssen die Fragen außerparlamentarisch stellen. Angriffs der riesenhaften Erwerbslosigkeit, des Abbaues der Erwerbslosen und der Konkurrenzregierung, der weiteren Rationalisierung auf Kosten der Werktagen, die das Werk immer mehr bis zur Unmöglichkeit heizt, müssen die Arbeiter handeln. Ihre Lage verändert es nicht, ruht anzunehmen, wie die Bürgerlichen mit den sozialdemokratischen Führern handeln, wie die Ministerchef in Sachsen verteilt werden.

Die Kommunistische Partei hat während des Wahlkampfes offen erklärt, daß ein Kampf für die Interessen des Proletariats nur außerparlamentarisch von Erfolg sein kann, daß die Erfahrung aller Werktagen nur geschafft werden kann, wenn die Bourgeoisie gestürzt und unter der Diktatur des Proletariats die kommunistische Wirtschaft aufgebaut wird. Die Kommunistische Partei ist bereit, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen!

Die linke Sozialdemokratie hat ihre 24 Millionen Stimmen dennoch erhalten, weil sie die Politik der 23 als Arbeiterverräter und die 23 als Verbrecher und Hassprediger der Reaktion bezeichnet hat. Die linken Führer haben den Arbeitern eine bessere Politik vergrößert. Wenn sie auch nur eine Sowjet-Öffentlichkeit hätten, müßten sie gleichfalls die Arbeiter unterstützen.

in diesem Prozeß, wo man der Form nach die Offenheit nicht ausschloß, trotzdem einen dignen Schiedsgerichtsentscheid über die Hintergründe der Gemeinmorde in der Schwarzen Reichswehr zu breiten?

Der Hauptbeschuldigte hatte dieses Interesse!

Derjenige, der den Oberleutnant Schulz als Vertreter des Reichswehrministeriums zum Prozeß delegierte, jener Schulz, der iron. Radikalismus immer wieder nach den formellen Ausdrücken der Offenheit verlangte. Und dieser Ausdrucker ist zugleich der einzige, der ein Interesse daran hatte, den Kopf des Oberleutnants Schulz vor allen Gefahren zu schützen:

Es ist Gehör!

Gehör war es, der im Sommer 1923 die „Landeszeitung“ der Zentrale der KPD vertrat.

Gehör war es, der im Reichstag hundertmal die Eröffnung der Schwarzen Reichswehr, der Gemeinmordorganisationen, der militärischen Arbeitskommandos ablehnte.

Gehör war es, der mit Hilfe der Klassenjustiz Leben ins Juchthaus oder Gefängnis beforderte, der es wagte, die Verhältnisse zu rütteln, sturer denen für die blutigen Geheimnisse der Schwarzen Reichswehr aufgeschlossen waren.

Dieser Gehör, dieses Gehör, Demokrat, war der Verantwortliche, durch den sich alle unteren Organe gestört fühlen. Gegen ihn hätte sich die Verhandlung zwischen müssen, wenn die Schulz-Auditedreieck ausgespielt hätten. Darum durfte der Kopf des Oberleutnants Schulz auch nicht eine Gefahr für die Freiheit werden. Darum durfte sein Prozeß geführt werden, sondern eine schamlose Komödie. Aber als komphatische Erwähnung der Hauptbeschuldigten, sich gestützt auf eine Radikalposition im Reichswehrapparat, der Bourgeoisie, der Bourgeoisie zu entziehen, werden nichts frischen. Trotz dieser Prozeßführung, trotz dieses Vorhabens, trotz dieses Urteils steht dennoch fest:

Die Schwarze Reichswehr mit ihrem Arbeit-kommando, mit ihren bestialischen Menschenhandlungen, mit ihren Folterkünsten und Gewaltmaßen ist unter Gehör Augen, mit seinem Willen und Wollen, geschaffen worden!

Und weiter: Zu denen, die die Existenz dieser Schwarzen Reichswehr kannten, dachten und billigten, gehört auch jener ehemalige Kommunistische Sekretär, der heute im Verein mit Gehör seine Klassjustiz betreut und den „Hausvorsitz“ nachdrückt, um sich nicht zur Seite schütteln zu müssen.

Aller diesen seine Schwierigkeiten zu bereiten — das war das Ziel der Klassenjustiz in Landsberg. Sie hat ihre „Arbeit“ verdrossen und durchgeführt.

Und es ist gleichzeitig nur eine Unterstreiche des brutalen und anhaltenden Klassenkampfes vieler Bürgerlicher, Betriebsangehöriger, wenn in denselben Augenblick, wo der Oberleutnant Schulz freigesprochen wurde, sich die Nachricht tatsächlich verbreitete, daß die Richter im Prozeß gegen die Zentrale, sofort möglich, eine Entlastung der Hauptbeschuldigten erwarteten.

Und es ist gleichzeitig nur eine Unterstreiche des brutalen und anhaltenden Klassenkampfes vieler Bürgerlicher, Betriebsangehöriger, wenn in denselben Augenblick, wo der Oberleutnant Schulz freigesprochen wurde, sich die Nachricht tatsächlich verbreitete, daß die Richter im Prozeß gegen die Zentrale, sofort möglich, eine Entlastung der Hauptbeschuldigten erwarteten.

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Ministerregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der USPD benötigt.“

Die „linkste“ sozialdemokratische Zeitung, das „Zwickauer Volksblatt“ schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachen zunächst der Verlust gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Kommunisten allerdings haben ihnen vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemok

Der Leiferder Prozeß

Die Verhandlungen gegen die Eisenbahnmontatäte

parlementarisch mobilisieren, um zu verhindern, daß die Politik der 28 gegen den Willen der ländlichen Arbeiter weitergeführt wird. Statt dessen organisieren die linken Führer eine verdeckte Kommunikation. Die Arbeiter müssen von den linken sozialdemokratischen Kreisen wissen, was vor Kampf nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Bourgeoisie geführt wird. In den Betrieben, in den Gewerkschaften, bei den Gewerkschäften und in allen Organisationen der Arbeiter und Werktätigen mag zum Parlament der Arbeit, zum Kongreß der Werktätigen gewählt werden. In allen Organisationen müssen jetzt die Vorbereitungen getroffen werden, um einer Bevölkerung der Diktatur über Sachsen wie bei Fortsetzung der Nationalisierung gegen die Arbeiter den einheitlichen Kampf aller Werktätigen entgegenzustellen.

Der Kampf geht nicht darum, wer in Sachen auf den Ministerjedem ist, sondern um die Unterbringung der Gewerkschäften in den Betrieben, um eine ausreichende Erhöhung der Unterhaltung, um Befreiung von Abstandsschriften für sozialistische Höhen. Es kann nur werden, daß die Werktätigen von dem ungewohnten Stenobus freit und das Großklopf zu den Toren herangezogen wird. Die proletarischen Gefangenen müssen aus den Schängelchen befreit und an ihre Stelle die willkürlichen Verbrecher am Volke festgesetzt werden. Es muß die Selbstverwaltung der Gemeinden und die Beteiligung der reaktionären Gemeindevertretung erklungen werden. Die Institutionen müssen verstört und die werktätigen Bauern unterstellt werden. Die unteren Beamten sollen einen besseren Lebensraum als jetzt erhalten. Daraus geht der Kampf. Dieser Kampf kann und muß erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Arbeiter, wenn alle Werktätigen den Kongreß der Werktätigen organisieren und die Mäher so mobilisieren, daß nach dem Kongreß der Kämpfer mit den Forderungen der Werktätigen sofort einheitlich und geschlossen in Angriff genommen und mit Erfolg durchgeführt werden kann.

Nicht Ministerien im kapitalistischen Staat, sondern Freiheit und Arbeit, eine gescheite Existenz als freie Arbeiter soll das sozialistische Proletariat! Deshalb

Kongreß der Werktätigen!

„Linke“ SPD-Führer in Nöten

Schmerzen der „Dresdner Volkszeitung“

Die „Dresdner Volkszeitung“ ist äußerst unzufrieden damit, daß die „Arbeitsgemeinschaft“ die Pläne der linken SPD-Führer und ihres gründlichen Parteivorstandes abschafft angeprangert hat. Sie hätten es gar zu gern gelesen, wenn sie noch eine Weile im Verborgenen alle Vorbereitungen für einen neuen Umsturz, einen neuen Versuch an den sozialdemokratischen Arbeitern hätten treffen können. Es ist bezeichnend für die „Dunkelheit“ der Herrschaften in der Volkszeitung, daß sie sich

auf den ganzen Pinie mit dem Parteivorstand, mit den Hermann Müller, Wels und Eißmann solidarisieren und ihnen Schlägerhilfe bei ihren Machenschaften leisten. Schreibt doch die Volkszeitung wütend:

„Dazu möchten wir zunächst feststellen, daß bei den Ausführungen des sozialdemokratischen Pressebüros des Parteivorstandes völlig unbeteiligt ist.“

Jedes Kind — und selbst die Redaktion der „Volkszeitung“ — weiß, daß der Parteivorstand seit Wochen und Monaten nichts Besseres zu tun hat, als die Große Koalition im Reich vorzubereiten. Ganz offen wurde ausgesprochen, daß diese sich auf Regierungen der Großen Koalition in Preußen, Sachsen usw. stützen müsse. Es ist also ein ganz bewußter Schwund, wenn die „Volkszeitung“ heute den Parteivorstand eine andere Absicht andichtet. Ein genau so lästiges Blaudörfer ist es, wenn die „Volkszeitung“ schreibt:

„Für das Verhalten der sächsischen Sozialdemokratie wären auch die Ausschüsse des sozialdemokratischen Pressebüros nicht im geringsten maßgebend.“

Der Pressebüro ist das Organ des Parteivorstandes. Die sozialdemokratischen Arbeiter, und gerade die linken SPD-Führer, haben mehr als ein duzenmal erleben müssen, daß die Arzt und Rätschen ironisch oder „Dankbar“ noch jedesmal vor dem Parteivorstand erscheinen, daß dessen Befehle noch jedesmal außerst maßgebend für die jüngsten SPD-Führer waren. Die Verfassungsmaßnahmen der „Volkszeitung“ werden also nichts frischen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden auf dem Posten sein!

Wie dringend die Gefahr der Großen Koalition ist, zeigt die Stellungnahme der gehirnen demokratischen Presse. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Eine Lösgung der Koalitionsfrage erscheint angeblich der ganzen Situation nur möglich, wenn sich die Linkspolitiker zu dem entschließen werden, was sie bisher so hartnäckig verweigerten, zu einer Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte. Eine Koalition, die von der Konservativen über Wirtschaftspartei, Demokraten und Rechtspartei bis zu den Linkssozialisten ginge, gäbe die einzige tragfähige Basis für eine Regierung. Ein solcher Erfolg mag den Linkspolitiker noch ihrer ganzen Haltung sehr ärgern; es wird ihnen aber leichter werden durch die beträchtliche Angabe von Ministerposten, die ihnen dadurch zustehen. Es gibt Zweite, die es der Gruppe des Herrn Arzt sehr wohl zufragen, daß ihr die Macht viel höher steht als die Prinzessin.“

Genau in dem gleichen Sinne äußert sich die „Frankfurter Zeitung“ und auch die linksdemokratische Presse. Die Stimmen, die nach dem Muster der „Leipziger Neuen Nachrichten“ die Zwangsverwaltung für Sachsen fordern. So schreibt die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“:

„Man hat nun aus unpolitischen Kreisen ungestrichen das so vermordeten innerpolitischen Verhältnisse Sachsen nicht mit Recht daran hingewiesen, daß ein Bildnis wie der sächsische Staat nicht mehr herauft sei, um selbst zu regieren. Die Auphorien für eine Einigung in dieser oder jener Form sind in der Tat gering. Es gehört wirklich nicht viel Propagandage dazu, vorauszusagen, daß dem neuen Landtag keine lange Lebensdauer beschieden sein wird. Was dann? Neuwahl! Und wenn das gleiche Spiel wieder von vorne beginnt? Abermals Neuwahl! Kein Zweifel, daß unter solchen Verhältnissen das parlamentarisch-demokratische Prinzip sich totlaufen muss. Es bleibt dann nichts weiter übrig, als daß das Reich dann eingesetzt und Sachsen in Zwangsverwaltung nimmt. Unter solchen Verhältnissen wäre es dann das Gegebene, Sachsen und Thüringen mit Preußen zu verschmelzen. Automatisch würden dann die noch bestehenden norddeutschen Gliedstaaten einem sächsischen und thüringischen Ausgleich in Preußen folgen.“

Indessen findet eine solche Entwicklung ihre härtesten Wideracher in den sozialdemokratischen Kreisen der Länder, die diese die Gliedstaaten als Vollmacht und Domänen des Sozialismus betrachten. Wer erinnert nur an den Moment der Reichsregierung, da der frühere Reichsjustizminister Dr. Heinkel nach der Absetzung des sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Beigner zum Reichskommissar für Sachsen ernannt wurde. Damals war ein gänzlicher Augenblick, Sachsen in Preußen aufgehen zu lassen.“

Noch schärfer legt sich die „Arenzzeitung“ (Mit Gott für König und Vaterland) ins Zeug:

„Ob sich die bürgerlichen Parteien im Landtag wenigstens zusammenfinden werden, um durch gemeinsame Kraft die schlimme Entwicklung zu verhindern, wird man mit gebotener Skepsis abzuwarten haben. Die Zukunft, der Sachsen entgegengesetzt steht recht trüb aus. Wenn die Entwicklung im Sinne der Befreiungskräfte, möge alle Voraussetzungen vorhanden sind,

Hildesheim, 4. November. (Eig. Drahtbericht.)

Gespielt beginnen vor dem Schwurgericht Hildesheim die Verhandlungen gegen die Eisenbahnmontatäte von Leiferde. Angeklagt sind die Handwerkschäferei Otto Schlesinger, Eielleiter Willi Weber und Müller Walter Weber.

Die beiden ersten Angeklagten sind wegen versuchten Mordes in Tatschheit mit verjagter Eisenbahntransportgesellschaft und vollendet Eisenbahntransportgesellschaft in Tatschheit mit Mord, der Angeklagte Walter Weber wegen Beihilfe dazu angeklagt.

Schlesinger ist 21 Jahre alt, Willi Weber steht im 22. und Walter Weber im 21. Lebensjahr. Schlesinger war am Neuhaldenslebener Stadttheater mit einem manischen Gedalt beschäftigt. Die Arbeit war außerordentlich anstrengend. Schlesinger verlor sich nebenbei mit philosophischen und militärischen Problemen. Er habe infolge Überarbeitung einen Unfall geschehen. Die Angeklagten, die die Schenkenzschreie der Bergungsführer und der Alten der Schenkenzschreie dorthin gelassen, Schlesinger sei mehr umgekehrt als über die Grenze kam, in großer Not.

Schlesinger gesteht ein, auf der Wanderschaft durch den Gebürtigen einen Eisenbahner zum Entgleisen vertragen, eingetragen zu haben, nochdem man ihn mit dem Gedankt gezeigt hatte, ein Auto zu erkennen oder eine „Bahnlinie“ in Schwarm zu machen. Erst als er in Fahrer von Wohlhabermeistern abgewiesen wurden und kaum noch auf seinem Gelde haben sollten müssen und seiner nicht mehr ein noch aus wolle, sei man auf den Gedanken gekommen, nach dem Entgleisen eines Zuges zu Geld zu kommen. Damit wollten sie verlusten, in ihrem Beruf vorwärtskommen. Lieber die Folgen eines Eisenbahnunglücks haben sie alle drei seine Gedanken gemacht. Auf die Frage des Vorstehenden, wie sie sich eigentlich die Entgleisung gedacht haben, erklärte Schlesinger, er habe geglaubt, der Zug werde brennen und die Feuerwehr würde aussteigen. Denn wollte man in den Bahnwagen hineinkommen. Man hätte mit einer Feuer vom mehreren hunderttausend Mark gerodet. An eine Veranlagung der Reichen habe man gar nicht gedacht.

Schlesinger gesteht ein, auf der Wanderschaft durch den Gebürtigen einen Eisenbahner zum Entgleisen vertragen, eingetragen zu haben, nochdem man ihn mit dem Gedankt gezeigt hatte, ein Auto zu erkennen oder eine „Bahnlinie“ in Schwarm zu machen. Erst als er in Fahrer von Wohlhabermeistern abgewiesen wurden und kaum noch auf seinem Gelde haben sollten müssen und seiner nicht mehr ein noch aus wolle, sei man auf den Gedanken gekommen, nach dem Entgleisen eines Zuges zu Geld zu kommen. Damit wollten sie verlusten, in ihrem Beruf vorwärtskommen. Lieber die Folgen eines Eisenbahnunglücks haben sie alle drei seine Gedanken gemacht. Auf die Frage des Vorstehenden, wie sie sich eigentlich die Entgleisung gedacht haben, erklärte Schlesinger, er habe geglaubt, der Zug werde brennen und die Feuerwehr würde aussteigen. Denn wollte man in den Bahnwagen hineinkommen. Man hätte mit einer Feuer vom mehreren hunderttausend Mark gerodet. An eine Veranlagung der Reichen habe man gar nicht gedacht.

Schlesinger gesteht, er könne sich keine Gedanken gemacht, auf die vollständigen Entgleisung zulassen. Sie hätten nur immer den einen Gedanken gehabt, zu Gelde zu kommen. Zuletzt sei die Tat nur begangen worden, um den Hunger zu stillen.

Bie geschah das Attentat?

Zum weiteren Verlaufe der Verhandlungen äußerte der Angeklagte Schlesinger die Ausführung des Attentates. Er sagte:

„Die Schenkenzschreie waren außerordentlich lauter. Einige konnte man ohne Schwierigkeiten mit der Hand herausziehen,

säuft, so werden wir bald vor den gleichen Feien stehen, die die Reichsregierung einzusetzen versuchen. Truppen in Sachsen einschicken zu lassen.“

Was tut ansonsten dieser rüttelnden Rückenrichtung die SPD? Mobilisiert sie die proletarische Industrieklasse zum Widerstand? Nein, im Gegenteil! Erklärt die „Intendente“ Reaktion, in der sie ein sächsisches SPD-Mat, die „Planer Volkszeitung“, aufzudringen sahn, sieht so aus:

„Die sozialdemokratische Graktion ist auch im neuen Landtag stark genug, um eine kräftige und, wie ausdrücklich betont sei, fruchtbare Opposition zu treiben. Die Oppositionstellung unserer Partei wird die Quelle sein, aus der wir die Kraft schöpfen in einem höheren und entscheidenderen Sieg der Zukunft.“

Was bedeutet das? Es bedeutet den Versuch, wort nicht sofort offen in die Koalition einzutreten, noch ein Weilchen Opposition zu mimmen, aber „fruchtbar“, mit anderen Worten:

anonyme Regierungsbeteiligung als Vorstufe zu den kommenden Ministerjedem.

Soeben außerparlamentarische Kampf, wie ihn die SPD-Arbeiter unweigerlich genauso als notwendig ansiehen, wie die Kommunisten wird abgelehnt. Der Rest ist eben Wunder, daß die Klasse innerhalb der SPD möcht. Wie stark die Verfestigung ist, wie stark die proletarische Industrieklasse, das zeigt sich in den folgenden Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“, die im letzten Widerspruch zu der verlogenen Schlußfolgerung des Dresdner SPD-Blattes stehen:

„Die Kommunistische Partei ist die einzige, die von den bisherigen Parteien des Landtages mit einem er-

heblichen Stimmen- und Mandatzzuwachs abhängt.

Auch das ist ein sehr charakteristisches Merkmal dieser Wahl!

Während die Dreifundzwanzig geplant haben, die nicht die Massen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter für ihre Politik gewinnen, ist ein guter Teil der sozialdemokratischen Wähler zu den Kommunisten übergegangen!

Die Arbeitersöhne haben also entschieden: Nicht Rechts, sondern Linkspolitierung!

Aber in den Betrieben hatte die Konkurrenz den Erfolg unbestritten auf ihrer Seite, und das war für die Wahl mit ausschlaggebend.

Der einsame Arbeiter im Betriebe kann ihn nicht besiegen, daß es richtig sein soll, wenn er im Juni 1926 mit aller Kraft gegen die Fürstenabteilung kämpft und einige Monate später der Abteilung politisch völlig gegenübersteht. Das ist die Erfahrung wie bei der Bünderwahl. Gegen Marg aufzutreten, und dann für Marg stimmen. Das ist zuviel verlangt.“

Zugung der Bergarbeiter-Erfolge

London, 3. Nov. (Telefunken)

Die Erfolge der Bergarbeitergewerkschaft trat Dienstag vorzeitig in London zusammen, um sich mit der Lage und den Verhandlungen für die Stellungnahme zu den Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu beschäftigen. Gleichzeitig auf der Sitzung mit, das von England eine weitere Geldsendung in der Höhe von 100.000 Pfund eingegangen sei, begleitet von einem Telegramm, in dem den britischen Bergarbeitern wegen ihres berüchtigten Kampfes gratuliert wird. Am Nachmittag soll eine Zusammenkunft der 12 Transportarbeiter und Eisenbahn-Gewerkschaften statt, an der auch die Bergarbeitergruppe teilnehmen. Die Versammlung befahl sich mit der vom Generalsekretär des Gewerkschaftsganges aufgeworfenen Frage, ein Bericht über Abtransport ausländischer Kohle zu erlassen. Wie bestimmt steht der Gewerkschaftsrat diesem Appell nicht sehr günstig gegenüber.

Sabotage der Kohlensperre durch die Reformisten

London, 4. Nov. (Eig. Drahtbericht)

In der gestrigen Konferenz der Gewerkschaften läßt sich der Gewerkschaften wurde die freiwillige Umlage zur Unterstützung der Kreisfeuerwehr Bergarbeiter beschlossen. Es wurde der Betrag von 1 Penny pro Tag vorgeschlagen, den jeder organisierte Bergarbeiter freiwillig beisteuern kann. Die rechten Gewerkschaftsführer, insbesondere Thomas, haben durchgelegt, daß die geplante Abzugsanlage abgelehnt wurde. Die geplante Gewerkschafts-Sitzung des Bergarbeiterverbands und der 12 Transportarbeiterverbände, in der über die Frage der Kohlensperre entschieden werden sollte, wurde auf Unterricht eines Generalversammlung abgelehnt. Die Sitzung wurde am 1. November abgehalten, ohne Beschluss vertrag. Der Beschluss, der Sitzung zu nehmen, wurde abgelehnt, daß das Plenum des Gewerkschaftsrates einen Sitzung nehmen müsse. Die Sabotage der Kohlensperre dauert also an.

Gewaltiger Sieg der Labour Party bei den Gemeindewahlen

London, 3. Nov. (Eig. Drahtbericht)

Die Gemeindewahlen, die in mehr als 300 Städten, hauptsächlich in England und Wales mit Ausnahme von London stattfanden, haben der Labour Party einen außerordentlichen Erfolg gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen hat die Labour Party 157 Sitze gewonnen und nur 11 verloren.

Die Gewerkschaften der Sowjetunion führen das Hilfswerk fort

Moskau, 1. Nov.

Ungefähr des Beginns des siebten Monats des englischen Bergarbeiterwahlkreises richteten der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion und das Z.R. des Bergarbeiterverbands die Sitzungstelegramme, wonin sie erklärten, daß sie die Hilfswerkstruktur der Gewerkschaften fortsetzen werden.



Stresemann feiert zum Kriegseintritt:
„Na, mit der nächsten Nationalisierung haben wir auch uns nicht.“

Die 15. Parteikonferenz der KPDGau

Gegengericht der "Arbeiterstimme".

Die 15. Parteikonferenz der KPDGau wurde am 26. Oktober im Untergeschoß des großen Palastes im Kreisels eröffnet. Es waren 517 Delegierte erschienen, davon 184 mit beschließender Stimme, die übrigen 633, darunter 36 Vertreter der Komintern-Gau, die beratende Stimme.

Das Präsidium wurde einstimmig die Genossen Stalin, Bucharin, Molotow, Tomski, Gorki, Wozniakow und Kudrjashew gewählt.

Sobann hielt Genosse Bucharin, dem eine stürmische Applause bereit wurde, sein Referat über die internationale Situation. Er behandelte die Faktoren der Stabilisierung, wie auch die neuen Erscheinungen einer Revolutionierung der Arbeiterschaft.

In der Diskussion ergriffen die Genossen Manuilski, Popov und Losowski das Wort. Das Zentralkomitee der KPD hatte ein Begrüßungsschreiben an die Parteikonfe-

Die Tagesordnung der Erweiterten Executive

Moskau, 2. Nov. (Kaprefor.)

Das Präsidium des ERKZ legte folgende Tagesordnung für das 7. Plenum der Erweiterten Executive fest:

1. Die Weltlage und die nächsten Aufgaben der Komintern. Referent: Bucharin und Kudrjashew.
2. Die Fragen der KP der Sowjetunion. Referent: Stalin.
3. Die Lehren des englischen Streiks. Referent: Murphy.
4. Die chinesische Frage. Referent: Tan Ping Schau.
5. Die Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. (Die Behandlung der Frage in der Kommission in Aussicht gestellt.) Referent in der Kommission: Losowski und je ein Vertreter der tschechischen und französischen Delegation.
6. Die Arbeit der Kommunisten in der Bauernbewegung. (Behandlung der Frage in der Kommission.) Referent: Je ein Vertreter der italienischen, deutschen und holländischen Delegation.
7. Fragen der einzelnen Sektionen.

um gesiegt, das nun mit der schädlichen Wirkung des antikommunistischen Blods der Genossen Sinowjew und Tschitschagow, den Sieg des Leninismus in der KPDGau begrüßt und die notwendigen Garantien für die durch Sinowjows Auftreten gewährte Autorität der Executive fordert. Die Parteikonferenz handelte dies Schreien, indem sie auf die enge Verbindung der zukünftigen Brüderpartei mit der KPD im Kampf gegen die angeblich "linken", in Wahrheit sozialdemokratischen Einflussnahmen hinwies; ihr Anwortschreien endet mit dem Ruf: "Lebt der Leninismus! Es lebe die bolschewistische Zukunft der KPD".

Nach dem Schlusswort des Genossen Bucharin wurde die Resolution einstimmig angenommen, wonach die Konferenz sich den Beschlüssen einer Reihe von Brüderparteien und des Plenums des ZK und der KPD der KPD über die Entzündung des Genossen Sinowjew von den Arbeiten im der Komintern anschließt. Eine Abendversammlung der Parteikonferenz vom 27. Oktober eröffnete jedoch Genosse Rokow das Referat über die Weltlage der Sowjetunion. In der anschließenden Diskussion ergriff wiederum ein unoppositioneller Genosse das Wort. Die Thesen des Genossen Rokow wurden einstimmig angenommen. Danach referierte Genosse Tomski über die Arbeiten und nächsten Aufgaben der Gewerkschaften in der Sowjetunion. Er erklärte zum Schluss:

"Unsere Gewerkschaftsbewegung hat große Erfolge erzielt. Wir haben in neun Jahren Sowjetmacht eine kraftige Gewerkschaftsbewegung geschaffen, die 2 Millionen niedrige Funktionäre zählt. Diese Gewerkschaftsführer gingen Hand in Hand mit der Partei durch den Bürgerkrieg, bauten die Sowjetmacht auf, bauen mit der Partei jetzt den Sozialismus und werden den Sozialismus zusammen mit ihr bis zum Ende aufbauen." (Rundfahrt Bericht)

In der 8. Sitzung der Parteikonferenz hielt, von stürmischer, anhaltender Applaus der gefierten Konferenz empfangen, Genosse Stalin sein Referat über die innerparteiliche Lage und den Oppositionsbloß. Das Referat dauerte drei Stunden an und wurde mit außerordentlicher Aufmerksamkeit aufgenommen. An der anschließenden Debatte nahmen die Genossen Kamenski, Jakowlawski, Tschitschagow und Bucharin teil. Die Diskussion wurde nicht abgeschlossen, sondern wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Kein Attentat gegen Mussolini

Nur Vorwand für verstärkten Faschismus.

Paris, 3. Nov. (Eig. Bericht.)

Wie wir aus zuverlässiger, gut unterrichteter Quelle erfahren, ist auf Mussolini überhaupt kein Attentat verübt worden. Die ganze Attentatsgeschichte ist ein Produkt der überhohen Phantasie und der Panikstimmung unter den italienischen Bourgeois. Die Sache spießt sich so ab, daß sich ein unschuldiger aus italienischer Familie entstammender Junge, der selbst für den Faschismus begeistert war, sich vorgedrängt hat, als Mussolini gerade vorbeiführte. Das kam verdächtig vor, und es wurde in der Panikstimmung daraus ein Attentat geschlossen und der angebliche Attentäter sofort überfallen und erbolzt. Mussolini selber hatte seine Ahnung davon und so kam es, daß er die Parteiaußenabteilung abgenommen hat. Er selbst erschien erst nachher von der Sache. So kam es, daß er entgegen seiner bisherigen Gewohnheit aus diesem Anlaß keine große Rede hielt, wie es tatsächlich geschehen wäre, wenn gegen ihn ein müheloses Attentat verübt worden wäre. Demgemäß haben auch die ersten Meldungen kein Wort über eine Verwundung seines Begleiters und von einem Streifen der Kleider Mussolinis durch den anständigen Schuh enthalten. Diese Meldungen sind erst zwei Tage später aufgetreten. Ebenfalls ist bis heute noch keine Worte über die Waffe, womit das angebliche Attentat verübt wurde, erwähnt, eine Sache, die man unmöglich verschweigen hätte. Tatsache ist, daß ein unschuldiges, für den Faschismus bestelltes Kind, das sich etwas zu sehr vorgedrängt hatte, von den Reichsisten in bestialischer Weise hingemordet wurde.

Arbeiterstimme**Gegen die Schulreaktion im Dresdner Rathaus!****Der Kampf der Kommunisten**

Die Schule ist immer ein Mittel der herrschenden Klasse gewesen. Mit Hilfe der Schule haben auch die Kapitalisten die Verbedingungen zur Ausdehnung der Arbeiterschaft geschaffen, diese bewußt erzeugt zu striktem Gehorsam, zur Geblauungsbeherrschung, zur Zufriedenheit und innerer Unzufriedenheit. Darin Wandel zu schaffen, ist eine der wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben, die nur revolutionär gelöst werden kann. Die kommunistische Stadtbürokratie forderte die Umstellung im Interesse der Kinder des Proletariats. Sie legte folgendes Schalprogramm vor:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu beauftragen: a) den Stadtbürokraten einen Plan vorzulegen, der den Umbau des gegenwärtigen und den Ausbau des künftigen gemeinsamen Schulwesens in bestimmten festgelegten Zeiträumen nach den folgenden Grundzügen vorschreibt:

1. Organisation des Mutter- und Säuglingszimmers, Schaffung wirtschaftlicher und hygienischer Eisilung.

**Wählt Delegierte zum Kongress der Werkstätigen!**

garantien, Belohnung und Schulung der weiblichen Jugend in Verbindung mit den Anjolien und der Berufsschule;

2. obligatorische Kindergarten für Kinder vom 4. Lebensjahr an. Tages, Nachtlazarette, nach Bedarf Kleidung und kost unentbehrlich;

3. Allgemeine Volkschule vom 7. bis 16. Lebensjahr ohne Trennung nach Vermögen, Befinnlichkeit, Geschlecht, Landwirtschaftliche und industrielle Berufsschulen;

4. Berufs- und Berufsvorbildungsschulen für gewerbliche, geistige und künstlerische Berufe in Verbindung mit praktischen Lehrmöglichkeiten in sämtlichen Betrieben u. a.;

5. Schaffung einer jährlichen Volkschule in Dresden (Arbeiterbildungsschule mit seiter Kost und Wohnung);

6. Durchführung dieser Forderungen nach den Grundzügen der Selbstverwaltung innerhalb der Schul- und Erziehungsorganisation, der Arbeitsschule, der Bekennerschule, der Unentbehrlichkeit des Unterrichts und der Vermittel, der Wohnung und der Speisung, der Daseinsnotwendigkeit des Unterrichts;

- b) sowohl Änderungen der bestehenden Gesetze oder Dispens von gleichen Bestimmungen nötig sind, diese bei den zuständigen Stellen zu beantragen.

Die bürgerliche Mehrheit lehnte diesen Antrag ab und bewies damit, daß sie gegen jeden Fortschritt der Schule ist, weil sie nur zu genau weiß, daß die Haltung der sozialen Lage und die Bildung der breiten Massen ihrem Profit abträglich ist.

Dieselbe Erscheinung der Kultursindikat zeigt sich bei der Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich mit dem Rechtschulgegenwart umfaßt. In diesem forderte unsere Fraktion gegen diesen reaktionären aller Gesetzentwürfe auf das entscheidende zu protestieren und stellte dem Entwurf politische Forderungen gegenüber, wie sie der obige Antrag bereits enthält. Sie forderte eine Broschüre, in welcher gegen die Auslese der Volkschule an die Kirche, gegen die Auseinandersetzung der lernenden Jugend, lediglich herkömmliche Herrschaftsregeln der Kirche zuliebe, gegen die Wiedereinführung der kirchlichen Schulabschluß und die Schinnungsdiskriminierung, durch die die Lehrer gezwungen werden, für ihre und ihrer Familie Existenz ihre Geltung zu verlieren, entschieden Einspruch erhoben wird, unter Hinweis auf die unheimlichen Folgen des Scheiterns auch für das Dresdner Schulwesen.

Die bürgerliche Mehrheit lehnte es ab, gegen den Entwurf auch nur zu protestieren. Er verzweigt durch den Druck der breiten Daseinsnotwendigkeit. Die Widerlichkeit der reaktionären Kreise hat es indessen dahin gebracht, daß der "demokratische" Reichsinnenminister, ehemaliger zweiter Bürgermeister von Dresden, einen neuen Schulgesetzentwurf anführte. Wo "Demokrat" bringt er selbstverständlich keinen sozialistischen Entwurf. Nach den bisherigen Meldungen will er lediglich ein Rahmenkonzept schaffen, und die strittigen Punkte mutig den einzelnen Landkreisen überlassen.

Der sächsische Koalitionsminister Kaiser hatte es unternommen, durch eine Kampfschulhöre keinen reaktionären Kurs anzukündigen. Einen Verfechter seiner Politik fand er in dem Dresdener Stadtschulrat Dr. Hardtke. Dieser war es, der in den Schulnerven und durch Vorträge in "sozialistischen" Kreisen die Volkschule als die "heruntergeworfenste" in der Daseinsnotwendigkeit herabstieß. Damit erreichte man, daß ein klarer Auftrag an die höheren Schulen sich beweisbar mache und der Volkschule an Schülern zurückging. Die Folge davon war, daß die Räume in den höheren Schulen nicht mehr ausreichten. Hochstielige Schulgebäude mieten sich nicht, neue Lehrkräfte mußten angestellt werden. So forderte man die bürgerliche Oberherrschaft von den Viehern und ihnen für seine Klassengenossen ein einzige Unterricht als Lehrer an diesen Schulen. Da man aber nicht wußte, verlor man auch im unzählbaren Anteil der Volkschüler eine weitere Freizeit, die vorherrschende Kultur der Volkschüler eine weitere Trennung zwischen sozialen Kreisen der Deutschen der Volkschulen und erreichte so einen katastrophalen Zustand in den jüngsten Teilen in Bürgern und Schülern zu nehmen.

Infolge der wirtschaftlichen und sozialen Not der breiten Massen ist es lebensverträglich, doch nie, die durch Wohnungsnar, Erwerbslosigkeit, Krankheit und anderes Elend entworfene Kind nicht die Massen der Bevölkerung stellen. Dazu kommt noch der pädagogische Gesichtspunkt, daß man die Frage der Regelung lediglich nach Gedanken und einheitlichem Verwendung beurteilt, nicht im Sinne der Arbeitsschule, die Vielfalt der Regelungen in Betracht zieht. Die reaktionären Kreise sehen aber in der Arbeitsschule schon die entzündende weibliche Schule und begreifen jedes Schritt, der unternommen wird, um ihre Kinder möglichst weit von denen des Proletariats entfernt zu halten. So ist Dr. Hardtke der typische Vertreter dieser Feinde des sozialen Ausgleichs.

Die logische Folgerung, die hier aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen der proletarischen Jugend ergibt, wäre eine Durchführung der von kommunistischer Seite wiederholte geforderten Förderung nach Schulspaltung und Wirtschaftsschulen an die minderbemittelten Eltern, Ablösung der Schulneulinge und Schulneulingen und a. m. Statt dessen wird auf diesem Gebiete abgebaut. Die Lehrerschaft kommt diesen Bedürfnissen zum Teil unbewußt dadurch entgegen, daß sie ein steigendes Bedürfnis nach Schulspaltung vielfach nicht anerkennt, weil die Organisation dieser Spaltung mit allerhand Unzuträglichkeiten verbunden ist und demzufolge im Unterrichtsbetrieb fördert. Man wird diese Spaltungen an den Schlüpfen des Unterrichts legen müssen und vormitiglich sich lediglich auf die Verteilung von Milch beschränkt. Auch bei der Milchspeisung in den Schulen hat man verlust, Gewinne für sich einzuhäufen. Durch den Einpruch der kommunistischen Fraktion ist es gelungen, die Milch billiger abzugeben, ja der Massenbezug erfordert eine wesentliche Herabsetzung des Preises. Außerdem fordert die KPD, daß alle Unbemittelten diese Milch kostenlos erhalten sollten. Bei den Beratungen des Haushaltplanes forderten wir die Einstellung größerer Summen für soziale Sozialaufgaben, aber vergeblich. Endlich gelang es uns nicht, die tägliche Selbstversorgungskunde in den Schulen durchzubringen. In dies erreichten wir, daß die Algen-Kampfbahn den Schulen kostenlos überlassen wurde. Einen hervorragenden Kampf führt die KPD um die Errichtung von Schulhäusern und Badegelegenheiten in Kreisen. Die Stadt Indien überließ es einem Privatbesitzer mit hädlicher Unterstützung aus der Volksjugend-Promotion zu ziehen. Trotz unserer Bemühungen, den Rodtner Eisteich zu einem hädlichen Licht und Lustbad zu erweitern und auszubauen, unterließ die Räte die Maßnahme. Wir lehnen aber durch, daß ältere Kinder Schlittschuh durch die Schulen zur Verfügung gestellt wurden. Vollständig abgelehnt wurden unsere Forderungen auf Schaffung von Kindererholungsheimen. Der Anfang und die Errichtung dieser Heime geht nach den Mitteilungen des Finanzministers über die Finanzkasse der Stadt.

Was nun an materiellen Zuwendungen für die Kinder des Proletariats erwartet, war man gewillt, um so reichlicher durch Religion zu erleben. Kaiser erließ seine bekannte Religionsverordnung, wonach auch in Unterklassen Religionsunterricht erlaubt werden soll. Die Forderung der kommunistischen Fraktion auf Zurückziehung dieser Maßnahme wurde vom Kollegium abgelehnt. Die aus der Kirche ausgetretenen Lehrer hat man vom Religionsunterricht in den Unterklassen ausgeschlossen.

Neben den oben erwähnten Maßnahmen bemühte sich die KPD auf den verschiedensten Gebieten, dem Schultoßtritt zu dienen. Sie legte einen Antrag durch, der den Schulen ausreichend Land zur Errichtung von Schulgärten zuwies. Für die Berufsschule forderte sie eine weitere Ausgestaltung. Für die Berufsschulen verlangte sie ein neues Schulgebäude. Außerdem forderte sie die Einstellung von 10 Millionen aus Arbeitsmitteln, um ein Schulbauprogramm durchzuführen zu können.

Dieser Antrag wurde von den kapitalistischen Herren im Kollegium abgelehnt, ebenso wie die Forderung nach Durchführung der Reinigung in den Schulen in eigener Regie und Selbstverwaltung der Schulhausschwestern. Der Kampf um die Überholung von Schulräumen an proletarische Vereine läuft dauernd beim Schulamt auf Widerstand. Besonders hat man es dabei auf die Kinderguppen von Jung-Spartakus abgesehen. Der Landtag hat nunmehr beschlossen, auch den politischen Vereinigungen die Schulräume zu öffnen. Eine Wirkung ist bis jetzt allerdings noch nicht zu hören geworden. Die Forderungen nach besserer Schulenrichtung beansprucht die Schulbehörde mit Absicht im Haushaltplan. Sie überlässt es den Elternräten, um Klaviers und Lichthilfapparate bestimmt zu geben. Dann aber ist man schnell bereit, selbst für Schulgebühren zu erheben. Auch diesem Zustand wurde durch einen kommunistischen Antrag ein Ende bereitet. Die Forderungen auf Daseinsnotwendigkeit in den Auschul vergeben. Unterstellt aber gelang es, einen beschleunigten Erfolg für die Schulwanderungen zu erzielen, die um 100 Prozent "aufgewertet" wurden.

Diese Darlegungen haben gezeigt, welch unermäßlichen und hädlichen Kampf die KPD auch auf diesem Gebiete im Stadtparlament zu führen hat. Andererseits zeigt sich deutlich die Geschlossenheit der kapitalistischen Vertreter, die jedem Versuch, durch Hebung der Bildung der breiten Massen ihren Profitinteressen zu begegnen, rücksichtlos entgegenstellt. Gerade der Schulstreit zeigt die Notwendigkeit, die bürgerliche Mehrheit zu begeistigen und an ihre Stelle die proletarische Mehrheit zu setzen.

7. November
Gedenkfeiern zum 9. Jahrestag der russischen Revolution**Dresden**

7. November 1926, vorm. 10 Uhr, im "Kriesspalast", Schillerstraße, verbunden mit Demonstration.

8. November 1926, abends 7.30 Uhr, im "Burggarten", Löbtau.

9. November 1926, abends 7 Uhr, in den "Annälen".

Zschachwitz

5. November 1926, abends 7.30 Uhr im Gotha im Zschachwitz.

Birna

7. November, im Volkshaus Birna.

Wegweiser für günstigen Einkauf und Verkehr

Franz Hitzer & Co.

Größtes Spezialgeschäft
für Farben, Lacke, Schablonen
und Pinsel

Leipziger Str. 84

Modewarenhaus P. Käse
Bürgerstraße 3

Kahl's Möbelhaus
Reiche Auswahl Saitze Preise
Clausstraße 6

Varieté und Lichtspiele
Deutscher Kaiser
Leipziger Straße 112

Lichtspieltheater „Goldenes Lamm“

Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel
Sonntags große Kindervorstellung

Beginn: Wochentags 6 und 1/2 Uhr, Sonntags 4, 6 und 1/2 Uhr

Löwen-Drogerie
Max Schiller Torgauer Straße 4

R. Thomschke
Mühlenstraße 36 - Schuhmacher - Schuhwaren

BELLEVUE
Spezialhandlung Sonntag, Montag
FEINER BALL

Wendrich & Co.
Damenpulz / Herrenhüte / Mützen / Umrisse und modernisieren

Oskar Walter, Zwickauer Str. 73
Kolonial- u. Grünwaren, Wurst, Delikatessen

Wir kaufen unsere Fleisch- und Wurstwaren bei
Arthur Thieme, Ockerwitzer Straße 1
Spezialität: ff. Wurstwaren und garnierte Platten

Dresden-Neustadt
Grenadiersstraße Selbmann's Kakao und Filialen

Konditorei und Kaffee
„SAXONIA“
Hermann-Kestner-Straße 15

Musik-Moack
Bürgerstraße 8
ist immer am billigsten

Hommels
Schokoladenhaus
Edle Torgauer und Bürgerstraße
Telephon 20428

Fabrikladen!
„Dresdensia“
Neustädter Markt 1, I. Fl.

E. Häntzscher
Bürgerstraße 28
Sofen, Spielwaren, Lederwaren

Albin Seifert
Rehefelder Straße 42
Kohlen

Lacke- und Farbenhandlung
F. Fietz Nachl. W. Heller
Konkordienstraße 46

Karl Henner Nachfolger
Hechtstraße 20
Eisenwaren, Haushaltsgeschäfte
Gussalze, Aluminium, Porzellane,
Stahl und Glas

Walter Ko be
Uhren - Goldwaren - Optik
Leipziger Straße 218

Dresden-Altstadt

Sport-Trikotagen-Kaden
Torgauer Straße 33
Fernsprecher 23507

Paul Tronicke
Holz / Kohlen
Brickells / Koks

Weiß & Lederer
Bischofsplatz 6
Arbeiter-Kleidung

Verlangt überall
unsere hochfeinste Margarine
Marke Eigelb

mit dem roten Koch
in Konsumverbindungen erhältlich
Vereinigte Fettstoff A.-G. Dr.-Leuben

Drogerie zum weißen Kreuz
ALFRED SACHSENRODER
Kesselsdorfer Straße 24

Dippodiswidae
W. Hoch, Schneidermeister
Möbelrestaurierung / Konfektion

Allerfeinsten
Tafelfüllmittel
Lässt zu verkosten
Überall zu haben

Ochsenelli

GES. GESCH. MARKE

George
Münig
Lüttner Feinguss

RUF:
25741, 21771, 21736, 22736

Glashütter Hof
Fritz Kümmel und Frau

Schuhreparatur-Werkstatt
G. Kochall, Lauensteiner Straße 54

Geiss- und Delikatessen-Handlung
Arthur Geifert

Wittenberger Straße 99 / Telefon 30219

Fleisch- und Wurstwaren
Beifert am preiswertesten

Emil Otto, Schandauer Straße 61

Zofel-Diele
Witterstrasse 11

emblickt seine Lokalitäten, Vereinsräume

Löschergärten
Gehoben Wirtschaft

Klotzsche-Hellerau
Schuhwaren und Reparaturen

Franz Pötter
Ecke Albert- und Mathildenstraße

ADOLF STARK
Königsbrücker Straße 56

Lebensmittel - Zigarren

Parfümerie, Karr., Weiß- und Wallwaren

Johanna Claus, Dresdner Straße 8

Reisengeschäft, Vegel. Gaststätte
Rudolf Stephan

Breiter Weg, hinter d. Anstaltsspielst.

Gobritz

Bruno Laubert
Brot- und Weißbäckerei

Gasthof Blasewitz
Freitag und Sonntag
Heiner Ball

Paul Melle
Fleischermäster
Altenberger Straße 28

Restaurant Gläselwaldhof
Fernsprecher 31730

Seefisch- und Delikatessenhandlung
KURT WENDLER

Residenzstr. 54, gegenüber dem Rathaus
Fernsprecher 31710

Lausa-Weixdorf

Kreuz-Drogerie
O. K. Herold

Bäckerei Arthur Popp

schmiedeberg

L. Kastner
Papiere- und
Buchhandlung

Willy Höppler
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Konditorei

Posendorf

K. Patzig
Markthalle

Sriesen-Blasewitz

Erdkugel
Markgraf-Heinrich-Platz

Telefon 32143

Regina-Lichtspiele
Augsburger Straße 12
Telefon 32695

Jeden Dienstag und Freitag
Programmwechsel
Beginn: Wochentags 6 und 1/2 Uhr
Sonntags 4, 6 und 1/2 Uhr

Lebensmittel

Wiesers Fahr- und Radhaus
Wittenberger Straße 115

Einklassige Damen- und Herren-Räder, Straßenräder
Wochentags 3 M. Ausbildung 10 M. Tel. Aschendorf

Emil Friedemann
Alfred Friedemann

Fleisch- und Wurstwaren

Kurt Pölchel

Bäckerei - Konditorei

Schnittwaren

M. Naumann

Oskar Hartmann

Fleisch- und Wurstwaren

Kurt Müller

Fleisch- u. Wurstwaren

Oswald Padelt
Bäckerei, Konditorei
und Café
Schandauer Str. 79
Telefon 31708

Wehlener Hof
Wehlener Straße
Die Schaukasten
ff. Bleie / Gute Küche
Fernsprecher 30438

Vereinshaus

Blasewitz

Ernst Adler
und Frau

Mar Beyer, Fleisch- und
Wurstwaren

Gläser

Kurt Pölchel

Bäckerei - Konditorei

Schnittwaren

M. Naumann

Oskar Hartmann

Fleisch- und Wurstwaren

Kurt Müller

Fleisch- u. Wurstwaren

Zum Besuch echter Herrenlederjohlen
sowie sämtl. Schuhbedarfssortiment
empfiehlt sich unbedingt
Lederhandlung, Augustinerstraße
die Fabrikstraße

Eduard Menzel
Bäckerei, Friseur, Parfümerie
Bärensteiner Straße 1

Moris Müller
Fuhrgelehrt u. Möbeltransport
Holz- und Stoffhandlung
Witterstrasse 115

Max Gühne
Bäckerei und Konditorei
Augsburger Straße 92

Emil Krause
Lauensteiner Straße 13
Holz-, Kohlen- und Brücke-Handlung

Orendorf-Okrilla

Arthur Wirth
Günstige Einkaufsställe
in Textilwaren jeder Art

Gustav Weinhold
Schnitt- und Wollwaren

Bruno Zimmermann
Radeberger Straße

Fleisch- u. Wurstwaren

Hermann Grüner
Kolonialwaren

Gasthaus zum Bahnhof

Alfred Gühr
beide Eintheilungen der Arbeiterschaft

Kreuz-Drogerie — Fritz Jackel
Drogen, Farben, Parfümerie
Spirituosen

979.

Die „Finanzreform“ der Gewerkschaften

Eine Frage, die die größte Unzertrennlichkeit aller Arbeiter erfordert

Ende 1923 hat der Bundesauswahluß des ADGB eine Kommission eingesetzt, welche über eine Vereinheitlichung der Beitragsabrechnung und der Unterstützungsleistung der Gewerkschaften berichten sollte. Diese Kommission machte Einschätzungen über die Höhe der Beiträge, des Eintrittsgeldes, in den verschiedenen Gewerkschaften. Sie stellte dabei fest, daß eine große Verschiedenheit in allen diesen Dingen bei den Gewerkschaften zu verzeichnen ist. So beträgt zum Beispiel das Eintrittsgeld für Männer und Frauen in den verschiedenen Betrieben des ADGB zwischen 20 Pf. bis zu 4 M., für Lehrlinge zwischen 10 Pf. bis zu 1 M., für Jugendliche beiderlei Geschlechts zwischen 10 Pf. bis zu 4 M. Auf dem Gebiet der Beitragsabrechnung wurde festgestellt, daß der Wochendeitrag in den verschiedenen Verbänden zwischen einem halben bis doppelten Beträgen schwankt. Auch die Verteilung der Beiträge zwischen Hauptverwaltung usw. sind in den einzelnen Gewerkschaften sehr verschieden.

Die Kommission hat jetzt ihre Beratungen zu einem gewissen Abschluß gebracht. Sie hat Richtlinien beschlossen über die einheitliche Regelung des Beitragsgeldes, wonach in Zukunft ein gleiches Beitragsgeld in allen Gewerkschaften einheitlich erhoben werden soll, dann über eine gewisse Vereinheitlichung der Höhe der Beiträge und der Form der Beitragsleistung (Doppelbeiträge mit Abzugsteuer für Haupt- und Lohnabteilungsbeitrag) und hat darüber gemäß Richtlinien für die Unterstützung Gewerkschaften aufgeteilt. Dießen Vorschlägen haben der Bundesauswahluß des ADGB in letzter Sitzung am 5. Oktober und auch die Beiräte der Mehrheit der Gewerkschaften bereits zugestimmt.

Die vielen Vorschlägen werden sich nun die Verbandsausschüsse und deren die Verbandsstöße der einzelnen Gewerkschaften richten.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist natürlich nicht gegen eine Vereinheitlichung der inneren Betreuung. Sicherstellung usw. der Gewerkschaften. Sie ist aber der Auffassung und wird sie überall vertreten, daß solche Maßnahmen wie die Vereinigung der Berufsverbände in Industriewerke schließlich machen können, sondern nur dann überhaupt einen wirklichen Fortschritt bedeuten, wenn sie als Maßnahmen zur Vorbereitung der Umstellung auf Industrieverbände ausgespielt werden. Nur der Umstellung der Gewerkschaften auf Industrieverbände schlägt mit dem Geist der Klassenolidarität, was die Gewerkschaften zu einheitlichen sozialfristigen Kampfgruppen machen, welche dem modernen Kapitalismus gegenstehen und.

Die von Vorschlägen der Kommission auf dem Gebiete der Vereinheitlichung der Gewerkschaften ist jedoch noch nicht zu sagen. Es handelt sich in einem vollkommenen Gleichpunkt der Verstärkung der Solidarität der gegenwärtigen Unterstützung der Gewerkschaften in ihren Kämpfen gegen das Unternehmertum. Zu dieser für die Kampffähigkeit der Gewerkschaften viel wichtigeren Seite der gegenwärtigen auch finanziellen Unterstützung der Gewerkschaften hat die Kommission kein Wort gelagt. Das ist kein Zufall. Betrachten wir ihre Vorschläge auf dem Gebiet der Vereinheitlichung des Beitragshöhe usw. so sehen wir ganz deutlich einen allgemeinen Erhöhung der Beiträge als leitende Forderung bei diesen Vorschlägen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist nicht grundsätzlich gegen die Erhöhung der Beiträge in den einzelnen Gewerkschaften, wenn sie darunter hätte, daß diese Erhöhung auch für die Steigerung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften verwandt würde, das heißt wenn sie die Garantie hätte, daß die Führung der Gewerkschaften, welche über die Gelder verfügt, eine wirtschaftlich revolutionäre Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiterschaft anstreben würde. Diese Garantie ist heute bei keiner deutschen Gewerkschaft vorhanden.

Zumindest bisher Gezeigt zeigt, daß die Frage der Finanzpolitik der Gewerkschaften nicht zu behandeln ist, ohne die Auflösung der Gewerkschaftspolitik des ADGB. Sehen wir uns die Vorschläge der Kommission näher an, und legen wir dazu den Auschnitt der „Gewerkschaftszeitung“, dem offiziellen Organ des ADGB, dann sehen wir ganz deutlich, daß die Tendenz dieser Dokumente hinausläuft auf die Stärkung des Elementes der Klassenolidarität in den Gewerkschaften unter Mißachtung der rechten sozialen ungeliebten Arbeitnehmer. Der erste Satz in dem Artikel der Gewerkschaftszeitung vom 23. Oktober über die Finanzierung der Gewerkschaften, der als Leitsatz für die Finanzierung eingerichtet ist, lautet folgendermaßen:

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressel.

(51. Fortsetzung)

„Sie ist auch ganz wahr, daß nach einer solchen gleichmäßigen Verteilung das Geld in kurzer Zeit schon wieder in grauen Hosen kommen wäre. Aber das beweist nur, daß es unter dem heutigen Geldsystem die Armut zu befürchten gilt, sonst allen Menschen, die sie im Gefolge hat.“

„Natürlich alle Idioten außer dir,“ höhnte Groß, dem es in Augen vielleicht unnecht war.

„Ich melde mich zur Geschäftsausordnung,“ sagte Cajon.

„Die Geschäftsausordnung,“ fuhr er fort, „wann bedachtigt du noch?“ und endlich zu erklären, welches die wahre Ursache der Armut ist?“

„Sag, hört!“ krieche Harlow. „Das will ich auch wissen.“ Und ich möchte gern wissen, wer eigentlich uns diesen Vortrag halten soll?“ forschte der Mann auf dem Eimer.

„Ja. Dieser natürliche,“ erwiderte Harlow.

„Na, warum versucht ihr dann nicht, ein paar Minuten zu mir zu kommen, damit ich weiter sprechen kann?“

„Der nächste Busch, der unterdrückt,“ schrie Philpot, freute sich die Hemdsärmel auf und blieb drohend auf die Verstärkung. „Geht durch das verdammte Fenster da.“

Das lieben alle möglichst zu erschrecken und sie rütteln soviel wie möglich von Philpot ab; abgesehen von dem Mann auf dem Eimer, der sich sicher fühlte als die anderen; denn er war wie gewöhnlich von einem ganzen Burggraben von Spuren umgeben.

„Die Armut,“ fuhr der Vortragende fort, „besteht in einem Mangel an zum Leben notwendigen Dingen, welche die Arbeiter mit Hilfe von Maschinerie aus den Rohmaterialien herstellen. Nun gibt es viel Rohmaterialien, viel Arbeit, viel Maschinerie — und doch leiden fast alle Mangel an fast allen Dingen.“

Das Geldinium ist die Ursache dieses Mangels. Das Geld läßt den Arbeiter daran, inmitten des Überflusses und bringt ihn mit einer goldenen Kette in hilflose Untätigkeit. „Geh uns die Einzelheiten dieses unfähigen Geldinstituts präsent.“

„Denn nahm ein Süß angelocktes Holz vom Kast und malte ein Wiesel an die Wand.“

„Um die Ursache des Mangels an den Dingen festzustellen, die unmöglich Arbeit erzeugt werden, müssen wir herausfinden, womit die Menschen ihre Zeit verbringen.“

„Mit dem sie gesamte erwachsene Bevölkerung des Landes.“

Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation sowie ihre Leistungsfähigkeit ist nicht so sehr abhängig von der Zahl der organisierten Berufsangehörigen als vielmehr von der Disziplin ihrer Mitglieder und der Stärke der zur Verfügung stehenden Kampffonds.“

Aber nicht die Zahl der organisierten Arbeiter, nicht die Vergrößerung der Zahl der organisierten Arbeiter durch eine entsprechende Beitragspolitik ist der leitende Gesichtspunkt für die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, sondern möglichst hohe Beiträge selbst auf die Gefahr hin, daß ein Teil der Mitglieder, welche diese Beiträge nicht leisten können, abspringen oder neue nur schwer gewonnen werden können. Diese Finanzpolitik liegt ganz in der Richtung der Politik der amerikanischen Gewerkschaften, welche keine Organisationen der Arbeiterschaft und politisch Anhänger der bürgerlichen Parteien sind. Diese Finanzpolitik ist die Ergänzung zur Politik der Preisgabe der Klasseninteressen des Proletariats zugunsten einer kleinen Schicht besser bezahlter Arbeiter als Werkzeug der Bourgeoisie zwecks Hemmung und Schwächung des Kampfes des Proletariats als Klasse. Die oben genannte Finanzreform der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unterstellt das, was wir bereits auf Grund ihrer Politik wissen: Die Einstellung auf die erneute Herausbildung einer Arbeiter-Kapitalie in Deutschland und ihre Organisation als Hilfsgruppe der Bourgeoisie gegen die Klasseninteressen des Proletariats. Diese Politik ist bestrebt an den Interessen der ungeliebten wie der geliebten Arbeiter. Denn sie soll ja die geliebten Arbeiter dazu verführen, ihr historisches Recht auf die Übernahme der gesamten politischen und wirtschaftlichen Kraft durch die Arbeiterschaft für ein Vorfangericht an die Kapitalisten zu verlaufen.

Es ist klar, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen eine solche „Finanzreform“ grundsätzlich und aufs höchste kämpfen muß. Ihre Aufgabe ist es, die Zusammenhänge dieser Finanzpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der Arbeitergemeinschaftspolitik an den Ausschüssen des Unternehmens aufzurollen und den Arbeitern zu zeigen, wie eine Finanzreform der Gewerkschaften im Sinne der Klasseninteressen aussehen mühte.

Darauf wurde die von uns gestern veröffentlichte Erklärung bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Sie der Reaktionen den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen. Gemeinsam mit den ins Vereinigte hindringenden Mittelschichten müssen die Arbeiter den Kampf gegen die Ausbeuter organisieren. Der Kampf der SPD-Führer, auch der Linien, gegen den Kongreß der Werkstätigen bedeutet nichts anderes, als der Großen Koalition keine außerparlamentären Schwierigkeiten zu machen. Genosse Köhler forderte um Schluß seiner Ausführungen auf, daß die Betriebsräte gemeinsam mit den übrigen Arbeitern in den Betrieben sowohl als auch in den Gewerkschaften die Frage des Kongresses der Werkstätigen auf die Tagesordnung setzen. Den interessanten Ausführungen sperrten die anwesenden Betriebsräte lebhafte Beifall und zeigten damit, daß sie mit den Ausführungen des Redners übereinstimmten. Kollege W. gab darauf bekannt, daß das Dresdner Einheitskomitee beschlossen habe, 2 Delegierte zu bestimmen, die mit den Betriebsräten gemeinsam die Arbeit für den Kongreß der Werkstätigen organisieren sollen und forderte weiter auf, die Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter zu unterstützen. In der anschließenden regen Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß es dringend notwendig sei, die Arbeit für den Kongreß der Werkstätigen zu beginnen. Kollege Beier wies u. a. darauf hin, daß für die Dresdener gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Frage so steht, daß am 1. Januar der SPD-Mann und jener Arbeitssminister Eisner wieder den Posten im Ortsausschuß übernehmen wird, wenn nicht die Kollegen in den Gewerkschaften den Wiedereintritt dieses Renegaten in die Organisation der Arbeiter verhindern. Von einer Anzahl Kollegen wurden Beispiele gegeben dafür, wie sich in den Betrieben die Rationalisierung auswirkt. Ein SPD-Kollege aus dem Sachsenwerk Radiburg sprach lachend gegen die bisher von den Gewerkschaften verfolgte Politik und forderte von den Betriebsräten, sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß eine Änderung der Taktik und der Einstellung der Gewerkschaftsführer erfolgt, konnte jedoch die Notwendigkeit des Kongresses der Werkstätigen nicht einsehen. Im Schluswort empfahl Genosse Köhler den Betriebsräten des Sachsenwerkes, vor einer Belegschaftsversammlung das Für und Wider zu erörtern. Wenn es der Kollege Al. vom Sachsenwerk ernst nehme mit der Vertretung der Interessen der Arbeiter, müsse er seiner Belegschaft Gelegenheit zur Sitzungnahme geben und einen Besuchswort des Kongresses der Werkstätigen hinzuziehen.

Der Landbund hebt die Freiheitigkeit auf

Im „Landbund Angermünde“ vom 18. II. ist festgelegt folgende Aufforderung zu lesen:

„Schutz gegen Kontraktbruch keinen Arbeitnehmer einzulassen, der nicht einen Entlassungsschein von keiner leichten Arbeitsstelle vorzeigen kann, in der bestreift wird, daß er die Arbeitsschule unter Einhaltung der ordnungsmäßigen Ründigungsfrist verlassen hat.“

Keinen Arbeitnehmer, der unter Kontraktbruch den Betrieb verläßt, einen Entlassungsschein, andernfalls im Entlassungsschein den Kontraktbruch anzuführen.

Jedem Arbeitnehmer, der den Betrieb unter Einhaltung der gleichen Ründigungsfrist verläßt, dies ausdrücklich in dem Entlassungsschein bezeichnen.

Nur so kann dem Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter auf die Dauer wirksam gesteuert werden.“

Bei den hochströmenden Kontakten, die heute den Landarbeiter ausgewogen werden, kann der Gutsbesitzer beliebig „Kontraktbruch“ kondannieren. Der Landbundaufruf heißt: Aufhebung der Freiheitigkeit. Jetzt ist der Aufruf nicht gerade mit dem Wortlaut der republikanischen Verfassung in Einklang zu bringen, aber Herr Seidengrund drückt hier beide Augen zu, denn die Verfolgung wird nur gebühren, wenn es gegen Arbeiter geht, insoffern ist auch der Landbundaufruf „verfassungsmäßig“. Nur wenn die Landarbeiterklasse in geschlossener Klassenfront gegenüber tritt, werden sie nicht mehr solche Vorfälle wagen.

Gewerkschaftliches

Sektion der Kali- und Ziegelfabrik Pirna. Sonntag, den 7. November, vom 9 Uhr, im Volkshaus wichtige Sitzung. Karte und Gewerkschaftsbuch ist mitzubringen.

J. A.; D. B.

Selbmann's Haferkakao

Plund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

Dieze Rechte stellt die gesamte erwachsene Bevölkerung des Landes dar. Alle diese Leute nehmen Anteil am Konsum der Dinge, die durch Arbeit erzeugt werden; doch obgleich die Mehrheit Arbeiter sind, stellt eine nur verhältnismäßig kleine Anzahl die Güter der Industrialisation, oder die zum Leben notwendigen Dinge her.“

Der Vortragende wendete sich zu der Zeichnung an der Wand, um sie zu ergänzen, dann hielt er unentstlossen inne und sein Arm sank herunter.

Er kannte die geringe Bereitwilligkeit seiner Zuhörer über solche Dinge, wie die Ursache der Armut nachzudenken; er mußte, daß sie über das, was er sagen würde, lachen und den Verlust, es zu verzeihen, ablehnen würden, wenn auch nur irgend etwas daran unklar bliebe. Sie verbrachten sich den Kopf über solche unwichtigen Dinge nicht. Ja, wenn es eine schläfrige Erzählung wäre, aber ein Kriegspal mit einem Spannungszauber, oder eine Frage, die mit Fuh dall, Krikel oder Pferderennen zusammenhinge. Das wäre etwas anderes! Aber das Problem der Ursache der Armut besteht nur in ihres Wohlgegen und das ihrer Kinder — ein so uninteressanter Gegenstand mußte so klar vor ihnen angesetzt werden, daß sie gezwungen waren, beim ersten Blick zu begreifen — und das schien beinahe unmöglich. Einige der Männer bemerkten kein Jögern und fragten an, sich lustig zu machen.

„Er schaut ein bißchen in den Nebel geraten zu sein,“ loge Groß in lautes Flüsterton zu Schleim und beide lachten.

Das Gelächter sprang Owen an und fuhr fort:

„Diese Figur stellt die erwachsene Bevölkerung dieses Landes dar; wie wollen sie sie in verschiedene Klassen teilen: jene die bei der Produktion helfen, jene, die nichts tun, jene, die schaden und jene, die mit unnötiger Arbeit beschäftigt sind.“

„Zuerst wollen wir die abgrenzen, die nicht nur nichts tun, sondern auch gar nichts behaupten, von irgendwelchem Nutzen zu sein. Leute, die es für entzündend halten, wenn sie zusätzlich irgend welche Arbeit verrichten. Die Alten klagen über Landstreicher, Bettler, die Aristo-kritie, Leute der Gesellschaft, Großgrundbesitzer, Leute, die erblichen Reichtum besitzen.“

„Und,“ spottete Groß, „jene, die mit unütziger Erbschwäche beschäftigt sind.“

„Zuerst wollen wir die abgrenzen, die nicht nur nichts tun, sondern auch gar nichts behaupten, von irgendwelchem Nutzen zu sein. Leute, die es für entzündend halten, wenn sie zusätzlich irgend welche Arbeit verrichten. Die Alten klagen über Landstreicher, Bettler, die Aristo-kritie, Leute der Gesellschaft, Großgrundbesitzer, Leute, die erblichen Reichtum besitzen.“

„Diese Leute tun absolut nichts. Sie verschlingen oder gekauft die Dinge, die durch die Arbeit der anderen hergestellt werden.“

„Die nächste Rubrik umfaßt jene, die Arbeit verrichten — geistige Arbeit, wenn ihr es so nennen wollt. Arbeit, die Ihnen wohl tut und anderen schadet — Arbeitgeber, oder besser Ausbeuter der Arbeit.“

Konservativer Bettler die Wohltätige Leute der Gesell- schaft	Die Schwindler, Zöglinge, die die Kleinstadt besiedeln
Großgrundbesitzer Leute, die erblichen Reichtum besitzen	Die Schwindler, Zöglinge, die die Kleinstadt besiedeln

„Die, Schwindler, Zöglinge, profitssüchtige Aktionäre, Einbrecher, Bischöfe, Finanzleute, Kapitalisten und jene Leute, die so treffend „Ministranten der Religion“ genannt werden. Wenn ihr euch erinnert, daß das Wort „Ministranten“ Dienst heißt, dann werdet ihr den Witz verstehen. Keiner dieser Leute stellt selbst irgend etwas her, doch mit List und Blödern machen gelingt es ihnen, sich einen großen Teil der Dinge anzueignen, die durch die Arbeit der anderen erzeugt werden.“

Rubrik 3 umfaßt alle, die für Löhne und Gehälter unnötige Dinge, die mit Fuh dall, Krikel oder Pferderennen zusammenhängen. Das heißt etwas anderes! Aber das Problem der Ursache der Armut besteht nur in ihres Wohlgegen und das ihrer Kinder — ein so uninteressanter Gegenstand mußte so klar vor ihnen angesetzt werden, daß sie gezwungen waren, beim ersten Blick zu begreifen — und das schien beinahe unmöglich. Einige der Männer bemerkten kein Jögern und fragten an, sich lustig zu machen.

„Er schaut ein bißchen in den Nebel geraten zu sein,“ loge Groß in lautes Flüsterton zu Schleim und beide lachten.

Das Gelächter sprang Owen an und fuhr fort:

„Diese Figur stellt die erwachsene Bevölkerung dieses Landes dar; wie wollen sie sie in verschiedene Klassen teilen: jene die bei der Produktion helfen, jene, die nichts tun, jene, die schaden und jene, die mit unnötiger Arbeit beschäftigt sind.“

„Zuerst wollen wir die abgrenzen, die nicht nur nichts tun, sondern auch gar nichts behaupten, von irgendwelchem Nutzen zu sein. Leute, die es für entzündend halten, wenn sie zusätzlich irgend welche Arbeit verrichten. Die Alten klagen über Landstreicher, Bettler, die Aristo-kritie, Leute der Gesellschaft, Großgrundbesitzer, Leute, die erblichen Reichtum besitzen.“

„Und,“ spottete Groß, „jene, die mit unütziger Erbschwäche beschäftigt sind.“

„Zuerst wollen wir die abgrenzen, die nicht nur nichts tun, sondern auch gar nichts behaupten, von irgendwelchem Nutzen zu sein. Leute, die es für entzündend halten, wenn sie zusätzlich irgend welche Arbeit verrichten. Die Alten klagen über Landstreicher, Bettler, die Aristo-kritie, Leute der Gesellschaft, Großgrundbesitzer, Leute, die erblichen Reichtum besitzen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Diese Leute tun absolut nichts. Sie verschlingen oder gekauft die Dinge, die durch die Arbeit der anderen hergestellt werden.“

„Die nächste Rubrik umfaßt jene, die Arbeit verrichten — geistige Arbeit, wenn ihr es so nennen wollt. Arbeit, die Ihnen wohl tut und anderen schadet — Arbeitgeber, oder besser Ausbeuter der Arbeit.“

„Die nächste Rubrik umfaßt jene, die Arbeit verrichten — geistige Arbeit, wenn ihr es so nennen wollt. Arbeit, die Ihnen wohl tut und anderen schadet — Arbeitgeber, oder besser Ausbeuter der Arbeit.“

(Fortsetzung folgt.)



Einorm billiges Angebot in
K'seidentrikot-Unterwäsche
Schlupfhosen in schönen Farben, garantie auch mit Atlaskreiseln 125, 105,- 125
Hendhosen weiß und ohne Volant 125, 105,- 145
Prinzeßröcke moderne Farben 125, 105,- 145

Strümpfe · Handschuhe

Damenstrümpfe Baumwolle, schw. u. farb. 28,-
Damenstrümpfe in Seidenflock und Mako, schw. und farbig 145, 95,-
Damenstrümpfe Baumwolle, mit Naht, schw. und farbig 75,-
Damenstrümpfe Baumwolle, feinfarbig, mit Naht, schw. und farbig 75,-
Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz u. farb. 145,-
Damenstrümpfe Kaschmir, reine Wolle, schw. u. Floc, Streifen u. Kreis, 2.0.2.25,-
Damenstrümpfe Wolle mit Seide und Floc in allen Modestilen 295,-
Damen-Handschuhe Trikot, mit Haifutter 75,-

Herren-Socken gute Stranzen-Qualität, darüber auch wollgemischt 28,-
Herren-Socken grau, 2x2 gestrickt, reine Wolle 125,-
Herren-Socken Baumwolle, feinfarbig, mit Naht, schw. und farbig 38,-
Herren-Socken Baumwolle, plissiert, u. Seidenflock, schwarz-Jacq.-Must. 145,-
Herren-Socken reine Wolle u. Wolle m. Seide 195,-
Herren-Handschuhe Trikot, mit angerautem Futter 95,-
Damen-Handschuhe Lamm- und Ziegenleder 295,-

Damen-Konfektion

5 Serien div. Kleider in hochg. A. Crêpe u. Jacquard-
Serien I II III IV V 295,-
50,- 65,- 65,- 55,- 55,-
Reinw. Popeline- u. Jacquard-Kleider mit Bordüre, Borste und Tüllbesatz 890,-
Pullover-Kleid Rock aus reiner Chorin, lang Arm 695,-
Reinw. Ripskleider mod. Niesenform, mit bun. Bordürgarnitur 1450,-
4 Serien Mäntel aus warmem Winterstoff, u. T. mit Plüschesatz, Serie I II III IV 699,-
17.50 14.50 12.50
Astrachan-Mäntel reinw. Mohairware, ganz auf Futter 25,-
Seal-Plüscher-Mäntel elegante Hochloftware, ganz auf Futter 48,-
3 Serien Seidenkleider mit Bordüre, eing. Ballketten, Helvola Crêpe de Chine, Polyester 975,-
12.50 10.50 10.50

Trikotagen · Wollwaren

Herren-Normalhosen wollgemischt, mit Unterhose 125,-
Kind-Schlafhosen Trikot, gefüttert, in allen Größen 65,-
Pullover mit Seide, gestrickt und gewebt 595,-
Herren-Normalhemd weißgemischt 145,-
Herren-Normalhemd weißgemischt, Doppelbrust 245,-
Herren-Futterhemd grün und hell 295,-
Damen-Jacken Jacquardmust. u. Kremserbestick. 1195,-
Kinderwesten in Trikot und gestrickt 245,-
Damen-Mützen s. Plausch u. Trikot, gesetzt 195,-

Baumwollwaren

Körperbarchent weiß, ca. 80 cm breit, süddeutsche Ware 58,-
Haustuch 140 cm breit, für Bettüber, kräftige Ware 145,-
Stangenleinen Bandstreifen, süddeutsche Ware 95,-
Wäschestoffe ca. 90 cm breit, mittel- und starkfarbig 42,-
Makotuch ca. 80 cm breit, reine Mak 88,-
Roh-Nessel ca. 80 cm breit, kräftige Ware 32,-
Bettuchnessel 180 cm breit, für Bettüber 78,-
Bettuch-Biber 180 cm breit, für Bettüber 95,-
Schränkenwater ca. 120 cm breit, in schönen Streifen 95,-
Hemdenbarchente ein- und zweifarbig garnaut 48,-
Roh-Körper-Barchente 75 cm und 80 cm breit 68,-
Körper-Inlett schwarzfarbig, federdicht, 100 cm breit 1.05,- 80 cm breit 1.35,-

Damenwäsche · Gardinen, Decken

Damen-Hemden mit Stickerel und Valenciennes 1.05, 1.25, 95,- 85,-
Damen-Beinkleider mit Hahnseide, Stickerel und Klöppel 1.05, 1.25, 95,-
Dam.-Nachthemden mit reich Garnitur, 1.05, 1.25, 1.45,-
Barchent-Nachtjack. weißer Körperbarchent 195,-
Dam.-Barch.-Hem d. weißer Körperbarchent 165,-
Büstenhalter aus Wäschestoff u. Trikot, 60,- 38,-

Herren-Artikel · Schürzen

Herren-Oberhemden gest. Perkal, Zephir u. mit Bettat. mit 1 und 2 Kragen, 1.05, 1.25,- 395,-
Selbstbinder in mod. Dessos, 1.25, 95,- 48,-
Hosenträger aus gutem Gummil, 1.05, 1.25, 95,- 25,-
Herren-Kragenschoner 1.25 Stoffen und Karos, 1.05, 1.25, 1.45,-
Hosenträger - Garnitur 3-teilig, aus gut. Gummil, 2.05, 2.25,- 195,-

Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe Straßen und Karos 125,- 78,-
4 Qualitäten reinw. Popeline 85 und 100 cm breit, in vielen Farben 1.05, 1.45, 2.05, 1.95,-
3 Qualitäten reinw. Rippe 100 cm breit, moderne Farben 7.50, 6.50,- 4.90,-
Ein Posten Velour de laine und Flanell, 130 cm breit 6.50, 4.50,- 3.95,-
4 große Posten Pulloverstoffe in reisenden Dessas 1.05, 1.25, 1.45,- 95,-
Ein Posten Kreppschotten moderner Dessat, lose angeraut 1.05, 95,-
Crêpe de Chine reine Seide, 100 cm breit, elegante Ballketten 8.00, 4.95,-
Höpersamte schwarz und marine, 70 cm breit 5.75,-
Halbseidene Damassés mit Kreide für Mantelfutter, 85 cm breit 2.95,-
Jacquardschotten 100 cm breit, späte Muster 2.75,-
Kleider-Barchent hübische Streifen 78,-
Morgenrockstoffe Baumwolle mit Kunsteide, innen angeraut, schöne Farben 1.05,-

Eiswischtücher 50x80 cm groß 95,- 8 Stck
Damasthandtücher ger. u. geb., 100 cm lang 85,-

Kaffeedecken karier, 120x120, 100x110, 80x80 68,-
Handtuchstoffe grau gestreift 35,-

Bettbezüge aus guten Wäschestoff 1. Deckbett, 2. Kissen, 1. Kissen bestickt.
Barchent-Betttücher weiß und mit Kante 2.00, 2.45,-

7.50 Schlafdecken grau mit Kante 95,-
Wolldecken reine Wolle, gemischt, 140x180, mit Kante 19.50, 18.50, 8.95, 7.05,- 4.95,-

Wollwarenhaus

DRESDEN-LÖBTAU **FALK & POSENER** **KESSELSDORFERSTR 5 u. 9**